

Möglichkeiten eröffnen (s. Art. 130 s Abs. 5 ebd.). Die Praxis internationaler Organisationen also zeigt durchaus (weiterhin) Tendenzen, vermehrt auf Prävention zu setzen, auch wenn dies, wie bei der 4. UN-Konferenz zum Schutz der Ozonschicht im November 1992, halbherzig und nur langsam erfolgen mag. In einem Punkt zumindest dürfte freilich Hohmanns Sicht bis auf weiteres fragwürdig, wenn auch sympathisch bleiben - dem Postulat eines "Individualrechts gegen den eigenen Staat auf Schutz vor erheblichen Umweltbeeinträchtigungen und einem Kollektivrecht der Weltgemeinschaft auf Erhalt der international bedeutsamen Ökosysteme" (S. 388). Denn das "Recht" jedes Menschen (in Grundsatz 1 der Rio-Deklaration), "ein gesundes und produktives Leben in Einklang mit der Natur zu führen", bleibt dort konturenarm, und die "Verantwortung (der Staaten) sicherzustellen, daß Aktivitäten, die ihrer Rechtsprechung oder Kontrolle unterliegen, der Umwelt anderer Staaten oder anderer Gebiete jenseits der Grenzen nationaler Zuständigkeit keinen Schaden zufügen (Grundsatz 2 ebd.), folgt bezeichnenderweise erst nach dem Hinweis auf das "soveräne Recht" aller Staaten, "ihre eigenen Ressourcen gemäß ihrer eigenen Umwelt- und Entwicklungspolitik zu nutzen". Damit bleibt Art und Maß des Umweltschutzes primär an nationalen Interessen ausgerichtet, trotz der Verpflichtung (Grundsatz 7), "im Geiste globaler Partnerschaft zusammenzuarbeiten, um die Unversehrtheit und Integrität des Ökosystems der Erde zu bewahren, zu schützen und wiederherzustellen". Bis zu einer zentral konzipierten und durchgesetzten "Erd-Umweltpolitik" ist es wohl noch (zu ?) weit.

*Ludwig Gramlich*

*Dieter Nohlen / Franz Nuscheler* (Hrsg.)

**Handbuch der Dritten Welt, Band 2: Südamerika**

Verlag J.H.W. Dietz Nachf., 3. Auflage, Bonn 1992, 548 S., DM 48,--

Das von *Dieter Nohlen* und *Franz Nuscheler* 1974 erstmals herausgegebene Handbuch der Dritten Welt hat die sozialwissenschaftliche Entwicklungsforschung der letzten zwanzig Jahre in Deutschland wesentlich mitgestaltet und beeinflußt. Es ist insofern von vornherein zu begrüßen, daß die Herausgeber zehn Jahre nach der zweiten nun eine neu bearbeitete dritte Auflage dieses Klassikers erstellt haben. Die Relevanz der Neuauflage ergibt sich nicht nur aus der (im ersten von insgesamt acht Bänden reflektierten) Fortentwicklung der theoretischen Diskussion, sondern auch und besonders aus den konkreten politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in der sog. "Dritten Welt". Eine besondere Dynamik weisen in dieser Hinsicht die Länder Südamerikas auf, die im zweiten, hier besprochenen Band des Handbuches analysiert werden (Mittelamerika und die Karibik werden im dritten Band behandelt): Die 80er Jahre waren für die Region politisch wie auch ökonomisch ein ausgesprochen ereignisreiches Jahrzehnt.

Vor diesem Hintergrund steht das vorliegende Buch unter einem doppelten Bewährungsdruck: Erstens geht es um seinen allgemeinen Nutzen (*qua* Handbuch) für das sozialwissenschaftliche Studium des südamerikanischen Subkontinents. Zweitens stellt sich die Frage nach dem Beitrag (*qua* Neuauflage) zum Verständnis der neueren Entwicklung in den Ländern der Region leistet. Beide Aspekte sollen im folgenden diskutiert werden; der erste vornehmlich mit Bezug auf den konzeptionellen Aufbau des Bandes, der zweite in erster Linie unter Berücksichtigung der Aktualität und des analytischen Gehaltes der Beiträge.

Die Konzeption des Buches entspricht im wesentlichen jener der zweiten Auflage von 1982. Dies gilt sowohl für die Anordnung der Beiträge als auch für ihre innere Gliederung. Einem einleitenden, länderübergreifenden Artikel mit Statistikteil und Bibliographie folgen die Beiträge zu den einzelnen südamerikanischen Ländern in alphabetischer Reihenfolge. Ein Beitrag zu den Falkland/Malvinas-Inseln und ein Glossar bilden den Abschluß des Bandes. Fast alle Beiträge sind gegenüber der Auflage von 1982 umfangreicher geworden. Das gilt insbesondere für den einleitenden, nun fast 80 Textseiten umfassenden Artikel von *Nohlen* und *Thibaut*. In ihm werden die übergreifenden sozioökonomischen und politischen Entwicklungslinien der Region aufgezeigt. Die Darstellung stützt sich auf umfangreiches statistisches Material und bietet eine klare, gut zugängliche Zusammenfassung der jüngeren Entwicklung Lateinamerikas. Die Bibliographie ist in Unterabteilungen gegliedert und gibt einen Einblick in den *mainstream* der Fachliteratur zu Lateinamerika, v.a. auch der deutschsprachigen.

Mit geringen Abweichungen orientieren sich die Länderbeiträge an einem einheitlichen Schema: Einer Skizze der geographischen und demographischen Verhältnisse folgt ein historischer Abriss. Diesem schließt sich eine Darstellung der Wirtschafts- und Sozialstrukturen an. Das politische System ist Gegenstand des folgenden Abschnittes, eine Diskussion der aktuellen Entwicklungsperspektiven bildet den Abschluß des jeweiligen Beitrages. Die konzeptionelle Homogenität ist sicherlich einer der größten Vorzüge des Handbuches. Sie erleichtert den Zugriff auf länder- wie themenbezogene Daten und Darstellungen, besonders auch in vergleichender Perspektive. Gleichwohl variiert die Gewichtung der einzelnen Abschnitte recht stark, was wohl weniger auf die fachliche Herkunft der Autoren und Autorinnen zurückzuführen ist (die meisten kommen aus der Politikwissenschaft), als auf unterschiedliche Forschungsperspektiven und auf den Kenntnisstand, der bei der Leserschaft vorausgesetzt wird. Die Mehrzahl der Beiträge berücksichtigt, daß das Verständnis der jeweils länderspezifischen Problematik durch eine ausführliche Darstellung der historischen Entwicklung erleichtert wird. Dem Charakter eines Handbuches entspricht auch, daß politik- oder entwicklungstheoretische Fragestellungen allenfalls am Rande und kursorisch behandelt werden. Am Ende jedes Beitrages findet sich ein - allerdings unkommentierter - Literaturnachweis, der für weiterführende Studien erste Anhaltspunkte geben kann.

In inhaltlicher Hinsicht weisen *Nohlen* und *Thibaut* darauf hin, daß die 80er Jahre in Lateinamerika wirtschaftlich das "verlorene Jahrzehnt" (bzw. die "Phase des schmerzlichen Lernens"), politisch hingegen das "Jahrzehnt der Demokratisierung" waren. Es werden

damit zwei grundlegende regionale Entwicklungstendenzen angesprochen: (1) der Prozeß der wirtschaftlichen Anpassung, verbunden mit der Deregulierung von Märkten, dem Abbau sozialstaatlicher Leistungen und der Privatisierung öffentlicher Unternehmen sowie (2) der Prozeß der politischen Öffnung, der in einigen Fällen (Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Uruguay, mit Abstrichen Paraguay) zur Ablösung autoritärer Militärregime geführt hat.

Das Thema der ökonomischen Krise und Anpassung nimmt in allen Länderbeiträgen breiten Raum ein. Allerdings wird es nicht immer gleich bewertet. Dies liegt zum einen sicherlich an der Ungleichzeitigkeit der Entwicklungsprozesse. So verweisen *Nohlen* und *Nolte* darauf, daß in Chile bereits in den 70er Jahren eine ökonomische Neuorientierung stattgefunden hat, bei der auch die Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft grundlegend umgestaltet wurden. Demgegenüber machen *Boeckh* und *Hörmann* für Venezuela und *Sangmeister* für Brasilien deutlich, daß der Anpassungsprozeß von den politischen Eliten heute zwar als Notwendigkeit akzeptiert wird, aber bei der Implementation noch erhebliche Defizite aufweist. In einigen kleineren Ländern (Ecuador, Uruguay) ist die Diskussion über den zukünftigen Entwicklungs- bzw. Anpassungsweg anscheinend noch im vollen Gang. Die Bewertung des jeweiligen Entwicklungsprozesses beruht jedoch nicht nur auf dem objektiven Stand der Wirtschaftsreformen; vielmehr kommen hier unterschiedliche Standpunkte in bezug auf wesentliche Aspekte des Anpassungsprozesses zum Tragen. Dabei ist von Bedeutung, daß der strukturelle Charakter der durchgeführten Reformen nicht immer voll erkannt wird oder aufgrund seiner Aktualität noch nicht nachvollzogen wurde. So erwähnen *Krumwiede* und *Stockmann*, daß der kolumbianische Präsident Gaviria seit 1990 wirtschaftspolitische Reformen neoliberalen Zuschnitts verfolgt. Sie messen dem jedoch offensichtlich wenig Bedeutung zu: Eine Darstellung der (insbesondere auch im Finanzsektor) relativ weitreichenden Eingriffe unterbleibt ebenso wie die Frage nach den Widersprüchen zwischen der Wirtschaftspolitik einerseits und den sozialpolitischen Imperativen der neuen Verfassung von 1991 andererseits. Auch *Waldmann* geht zwar auf die Deregulierungs- und Privatisierungspolitik der argentinischen Regierung Menem ein, bringt sie aber nicht in Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Konzentrationsprozeß und den resultierenden veränderten Machtverhältnissen seit Mitte der 70er Jahre.

Gleichzeitig können jedoch auch bedeutende Gemeinsamkeiten beobachtet werden, die den Rückschluß auf eine gewisse Vereinheitlichung der entwicklungstheoretischen Debatte zulassen. (1) So wird der Weg der weltwirtschaftlichen Öffnung und Haushaltssanierung heute allgemein als einzige Option angesehen, die den Ländern Südamerikas einen Ausweg aus der Schulden- und Entwicklungskrise eröffnen kann. (2) Als wesentliche interne Voraussetzung für den Erfolg struktureller Anpassungsprogramme gilt die Herstellung eines Grundkonsenses der gesellschaftlichen Kräfte bzw. der politischen Eliten über die zukünftige Entwicklungsstrategie. (3) Exogene Abhängigkeitsstrukturen wirtschaftlicher ("Sachzwang Weltmarkt") oder politischer (hegemoniale Durchsetzung von Interessen in den internationalen Beziehungen) Natur werden zur Erläuterung des Entwicklungsprozesses kaum mehr herangezogen. (4) Die fehlende Verteilungsgerechtigkeit des neoliberalen Ent-

wicklungsmodelles wird hingegen in fast allen Beiträgen als zentrales Defizit bezeichnet. In diesem Zusammenhang wird dafür plädiert, die staatliche Regulierung des Wirtschaftsprozesses effizienter zu gestalten. (5) Destabilisierende Tendenzen aufgrund der sozialen Polarisierung, Widerstand gegen die Reformen durch jene Gruppen, die vom bisherigen Entwicklungsmodell profitiert haben, "populistische" Kurswechsel schwacher Regierungen, prekäre weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen und nicht zuletzt die Auslandsverschuldung gelten als mögliche Hindernisse für eine Verbesserung der Entwicklungsperspektiven der südamerikanischen Länder.

Im einleitenden Artikel stellen *Nohlen* und *Thibaut* den (Re-)Demokratisierungsprozeß in Lateinamerika dar, der Anfang der 90er Jahre ein hohes Maß politischer Uniformität, insbesondere in bezug auf das Abhalten regelmäßiger Wahlen, hervorgebracht hat. Sie verweisen aber auch auf mögliche Defizite bei der Verwirklichung des Rechtsstaates und der Beachtung der Menschenrechte. Dieser Hinweis ist für Südamerika nicht unwesentlich, wie die Länderbeiträge zeigen: Obwohl das vergangene Jahrzehnt vielerorts bedeutende politische Umwälzungen mit sich gebracht hat, bleibt die Demokratisierung des politischen Systems ein Thema mit hoher Relevanz auch für die kommenden Jahre. Mit der Ablösung der Militärregime gelangte in einigen südamerikanischen Ländern das Thema der Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Sicherheitsorgane ins Zentrum der öffentlichen Diskussion. Dabei ging es auch darum, die Rolle des Militärs im neuen demokratischen Regime zu bestimmen und zu begrenzen. Das gelang jedoch nur zum Teil. So haben in den letzten Jahren illegale Aktionen paramilitärischer Gruppen mit enger Anbindung an die Sicherheitskräfte in einer Reihe von Ländern neuen Aufschwung erhalten. Dies gilt z.B. für Brasilien und Peru, wo u.a. sogenannte "Säuberungsaktionen" bzw. "Aufstandsbekämpfungsmaßnahmen" von paramilitärischen Gruppen durchgeführt werden. Eine rechtsstaatliche Verfolgung der Übergriffe findet nur in den wenigsten Fällen statt. Auch in Kolumbien können die staatlichen Sicherheitsorgane immer wieder als Verantwortliche für politisch motivierte Gewaltakte identifiziert werden. Obwohl die meisten südamerikanischen Länder in den letzten Jahren Fortschritte bei der Schaffung rechtsstaatlicher Institutionen gemacht haben, gibt die Zunahme parastaatlicher Gewalttaten Anlaß zur Besorgnis, zumal die soziale Entwicklung eine weitere Verschärfung der gesellschaftlichen Konflikte erwarten läßt.

Mittelpunkt der politischen Analyse bilden in der Mehrzahl der Beiträge jedoch weniger die "Leistungen" des politischen Systems als vielmehr seine institutionelle Ordnung. Dabei sind insbesondere der innere Aufbau des Staates sowie seine Beziehungen zu den wichtigen gesellschaftlichen Interessenorganisationen (Parteien, Gewerkschaften, Unternehmerverbände, Militär) von Interesse. Diese Schwerpunktsetzung ermöglicht eine präzise Darstellung der institutionellen Reformen des Staatsapparates und einen Einblick in die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Allerdings bleibt offen, wie die zentrifugalen Tendenzen der sozioökonomischen Entwicklung durch das politische System verarbeitet werden. So bezeichnen es *Boeckh* und *Hörmann* als unerläßlich, daß die Sozialpolitik in Venezuela neben Verteilungsleistungen im engeren Sinne auch eine Regulierung der politischen Konflikte erbringt. In dieser Perspektive dient Sozialpolitik nicht nur der Armutsbekämpfung,

sondern hat darüber hinaus eine politisch integrative Funktion. Hierzu ist eine Überwindung traditioneller Verteilungspraktiken erforderlich, wie sie auch *Führ* und *Hörmann* im Fall Peru fordern. Es kann vermutet werden, daß die Mehrzahl der südamerikanischen Länder in dieser Hinsicht noch einen erheblichen Reformbedarf aufweist.

Auch in der Neuauflage bleibt der Südamerika-Band des Handbuchs der Dritten Welt eine Quelle verlässlicher und sinnvoll strukturierter Information. Sowohl für Fallstudien als auch für länderübergreifende und vergleichende Analysen bietet er einen hilfreichen Ausgangspunkt. Die jüngere Entwicklung Südamerikas wird in verständlicher Form nachvollzogen, so daß auch mit der Materie noch wenig Vertraute einen Zugang zu den Problemen der Region gewinnen können. In den letzten Jahren verstärkt diskutierte Themen wie die Umweltproblematik und der Drogenhandel werden in einigen Beiträgen angesprochen. Als großes Thema der künftigen Entwicklungsdiskussion scheint sich jedoch die Frage herauszukristallisieren, wie der wirtschaftliche Anpassungsprozeß Südamerikas politisch verarbeitet wird. Hier gibt der vorliegende Band keine Antworten, wohl aber einige Anregungen für weiterführende Untersuchungen.

*Christian von Haldenwang*

*Roland Bless*

**"Divide et impera"? Britische Minderheitenpolitik in Burma 1917 - 1948**

Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1990, 376 S., DM 68,--

"... We seem to have no authority over the natives nowadays, with all these dreadful reforms, and the insolence they learn from the newspapers ..."

"... I am afraid there is no doubt that the democratic spirit is creeping in ..."

"And such a short time ago, even just before the war, they were so nice and respectful! The way they salaamed when you passed them on the road - it was really quite charming. I remember when we paid our butler only 12 rupees a month, and really that man loved us like a dog ..."

George Orwell, *Burmese Days*, 1929<sup>1</sup>

In seiner Dissertation (Philosophische Fakultät I der Universität Zürich) stellt Roland Bless die Frage, ob die Briten in Burma im Umgang mit den Minderheiten eine divide-et-imperat-Taktik angewendet und inwieweit sie Minderheitenpolitik als Bestandteil ihrer Herrschaft eingesetzt haben.

<sup>1</sup> *George Orwell*, *Burmese Days*, Penguin Books Ltd., 1978, p. 27/28.